

21.3 Konferenz der Europaausschüsse (COSAC)

Stand: 31.3.1010

Entwicklung und Aufgaben

Die parlamentarischen Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte in Angelegenheiten der Europäischen Union (EU) wurden – zuletzt auch durch den Vertrag von Lissabon – auf europäischer und nationaler Ebene kontinuierlich erweitert. Der Zusammenarbeit der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten der EU untereinander und mit dem Europäischen Parlament kommt wachsende Bedeutung zu. Institutionalisierte Formen der Zusammenarbeit sind die Parlamentspräsidentenkonferenz (siehe dazu Kap. 24.5) und die Konferenz der Ausschüsse für Gemeinschafts- und Europaangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union, abgekürzt COSAC. Die COSAC tritt halbjährlich auf Einladung des nationalen Parlamentes des Mitgliedstaats, der den Ratsvorsitz innehat, in der jeweiligen Hauptstadt zusammen. Die Konferenzen werden von einem Treffen der Vorsitzenden der Europaausschüsse am Beginn jeder EU-Ratspräsidentschaft vorbereitet. Bei der Vorbereitung und Durchführung der COSAC arbeiten die Parlamente der sogenannten Vorsitz-Troika eng zusammen. Diese besteht aus dem Vorsitz, dem vorausgehenden und dem nächsten Vorsitz sowie dem Europäischen Parlament.

Seit 2004 verfügt die COSAC über ein Sekretariat in Brüssel, das sich aus einem ständigen Mitglied und Mitarbeitern der Parlamente der Vorsitz-Troika zusammensetzt. Die Ergebnisse jeder COSAC werden in Schlussfolgerungen zusammengefasst. Sie verfasst außerdem Beiträge für die Institutionen der EU, welche im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht werden. Die Beschlüsse der COSAC sind für die nationalen Parlamente nicht bindend.

Die Konferenz wurde 1989 aufgrund einer Entscheidung der Parlamentspräsidenten der EU-Mitgliedstaaten gegründet. Seitdem ist sie 42 Mal zu Sitzungen zusammengetreten, davon zu einer Sondersitzung im Januar 2003. Jeder EU-Mitgliedstaat kann eine Delegation von höchstens sechs Mitgliedern seines nationalen Parlaments bzw. aus den Parlamentskammern entsenden. Zudem nehmen sechs Mitglieder des Europäischen Parlaments teil. Die Parlamente jedes Beitrittskandidatenlandes sind mit jeweils drei Mitgliedern als Beobachter zu den ordentlichen Sitzungen der COSAC eingeladen. Zudem nehmen Vertreter des Generalsekretariats des Rates der EU sowie der Europäischen Kommission als Beobachter teil. Von der Möglichkeit, Beobachter der Botschaften der Mitgliedstaaten der EU sowie Sachverständige und besondere Gäste einzuladen, wurde in jüngerer Zeit vermehrt Gebrauch gemacht, z. B. wurden Parlamentarier der Partnerstaaten der Östlichen Partnerschaft zur XLI. COSAC nach Prag eingeladen oder aufgrund der bevorstehenden Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Island isländische Parlamentarier zur XLII. und XLIII. COSAC in Stockholm bzw. Madrid. Politische Schwerpunktthemen der vergangenen Treffen waren neben Fragen der Subsidiaritätskontrolle durch die nationalen Parlamente und der Mitwirkung der nationalen Parlamente in EU-Angelegenheiten im Allgemeinen, die Umsetzung des Vertrags von Lissabon sowie die Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Konferenz befasst sich stets mit dem jeweiligen Arbeitsprogramm der EU-Kommission. Ergänzend hierzu bilden die Schwerpunkte der jeweiligen EU-Ratspräsidentschaft regelmäßig auch die Schwerpunkte der Beratungen der COSAC.

Die COSAC arbeitet auf Grundlage einer im Jahr 2003 erneuerten Geschäftsordnung. Primärrechtlich wurde die COSAC erstmalig im Vertrag von Amsterdam von 1997 anerkannt.

Hier wurde ihr u. a. das Recht eingeräumt, den EU-Institutionen Beiträge zu den Gesetzgebungsstätigkeiten der Union vorzulegen.

Seit 2006 waren im Vorgriff auf Protokoll Nr. 2 zum Vertrag von Lissabon die sogenannten Subsidiaritätstestläufe, von denen bis Ende 2009 insgesamt acht durchgeführt wurden, von besonderer Bedeutung für die Arbeit der COSAC. Bei diesen Testläufen sollten die Prüfrechte der nationalen Parlamente im Bereich des Subsidiaritätsgrundsatzes, probeweise zur Anwendung kommen. Auf diese Weise wurden erste Erfahrungen mit der gesetzlich vorgegebenen achtwöchigen Prüffrist und bei der Zusammenarbeit der nationalen Parlamente in diesem Bereich gesammelt. Die COSAC nahm mit dem COSAC-Sekretariat eine koordinierende Funktion wahr. Es informierte über Beginn der Prüffristen, versorgte die nationalen Parlamente mit den erforderlichen Dokumenten, evaluierte die Ergebnisse der Prüfungen in den nationalen Parlamenten und stellte sie in einem Ergebnisbericht dar.

Der Vertrag von Lissabon widmet sich in Protokoll Nr. 2, Artikel 10 der Rolle der COSAC. Danach kann sie „jeden ihr zweckmäßig erscheinenden Beitrag“ den EU-Institutionen zur Kenntnis bringen. Ihre Aufgabe liegt zudem im „Austausch von Informationen und bewährten Praktiken zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament“. In diesem Zusammenhang werden erstmalig auch die Fachausschüsse genannt. Zudem wird ihr ausdrücklich die Kompetenz zugestanden, „parlamentarische Konferenzen zu Einzelthemen zu organisieren, insbesondere zur Erörterung von Fragen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, einschließlich der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“.

Mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon 2009 hat die Diskussion über die künftige Rolle der COSAC an Bedeutung gewonnen. Sie bildete einen Schwerpunkt während der spanischen EU-Ratspräsidentschaft und damit der XLIII. COSAC in Madrid. Beraten wurde darüber, inwiefern die COSAC ein Diskussionsforum bzw. ein politisches Forum sei und inwiefern ihr (weiterhin) koordinierende Bedeutung, insbesondere im Bereich der Subsidiaritätsprüfung durch die nationalen Parlamente und bei Verfahrensfragen insgesamt, zukommen solle. Erste Weichen zur künftigen Rolle der COSAC nach dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags wurden im Beitrag und den Schlussfolgerungen der XLIII. COSAC festgehalten. Der Schwerpunkt der Arbeit der COSAC soll künftig auf politischen Diskussionen liegen, zu denen regelmäßig auch hochrangige Vertreter der EU-Institutionen eingeladen werden sollen. Der Austausch von Informationen und bewährten Praktiken soll weiter im Vordergrund der Arbeit stehen. Punktuell ist künftig auch die inhaltliche Beratung zu bestimmten EU-Rechtsetzungsakten unter Beteiligung der EU-Kommission, des Europäischen Parlaments und den Vertretern der nationalen Regierungen vorgesehen. Das grundsätzliche Konferenz-Format soll erhalten bleiben. COSAC-Berichte werden künftig auf Initiative des laufenden Vorsitzes zu bestimmten, für die COSAC-relevanten Themen erarbeitet.

Übersicht über die Konferenzen der Europaausschüsse

Lfd. Nr.	Datum und Ort der Konferenzen	Themen der Konferenzen
1	16.–17. November 1989 in Paris	<ul style="list-style-type: none"> – Konstituierung von COSAC – Erfahrungsaustausch über die Kontrolle der europäischen Entscheidungsprozesse – Vorschlag zur Schaffung eines europäischen Senats aus Vertretern der Mitgliedstaaten und der nationalen Parlamente – Beschleunigung des Integrationsprozesses – Stärkung der Befugnisse des Europäischen Parlaments
2	10.–11. Mai 1990 in Cork	<ul style="list-style-type: none"> – Demokratiedefizit und Subsidiaritätsprinzip – „Europäische Assisen“ – Themen künftiger Konferenzen
3	1.–2. Oktober 1990 in Rom	<ul style="list-style-type: none"> – Vorbereitung der „Interparlamentarischen Konferenz der Europäischen Gemeinschaft“ („Assisen“), 2.–5. Oktober 1990 in Rom
4	6.–7. Mai 1991 in Luxemburg	<ul style="list-style-type: none"> – Erklärung des Europarates von Rom, November 1990, zur Gemeinsamen Außenpolitik – Innenpolitik und Innere Sicherheit – Entwurf einer Geschäftsordnung der COSAC
5	4.–5. November 1991 in Den Haag	<ul style="list-style-type: none"> – Politische Union sowie Wirtschaft- und Währungsunion – Umsetzung von EG-Richtlinien – Annahme der Geschäftsordnung der COSAC
6	4.–5. Mai 1992 in Lissabon	<ul style="list-style-type: none"> – Der Ratifizierungsprozess des Vertrags von Maastricht – Die neue finanzielle Vorausschau der EG (Delors II) – Die Rolle von Europäischem Parlament und nationalen Parlamenten in der EU
7	10.–11. November 1992 in London	<ul style="list-style-type: none"> – Die Sicherung demokratischer Verantwortlichkeit in der Gemeinschaft durch die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament – Die Anwendung des EG-Rechts – Der Prozess der Ratifikation der Verträge über die EU und den EWR und die zukünftige Entwicklung der Gemeinschaft
8	3.–4. Mai 1993 in Kopenhagen	<ul style="list-style-type: none"> – Politische Initiativen für Wachstum und Beschäftigung in der EG – Verbesserung und Kontrolle der Funktionsweise der 2. und 3. Säule des EU-Vertrages
9	22.–23. November 1993 in Brüssel	<ul style="list-style-type: none"> – Beschäftigung in der EU – Einwanderung in der EU – Antrag auf Beobachterstatus der EU-Ausschüsse des polnischen und ungarischen Parlaments

Lfd. Nr.	Datum und Ort der Konferenzen	Themen der Konferenzen
10	9.–10. Mai 1994 in Athen	<ul style="list-style-type: none"> – Änderung der GO (Beobachterstatus für Beitrittsländer) – Demokratiedefizit und Transparenz im Entscheidungsprozess der EU – Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung – Erweiterung der EU
11	24.–25. Oktober 1994 in Bonn	<ul style="list-style-type: none"> – Innere Sicherheit/EUROPOL – Europäischer Umweltschutz – Anwendung des Subsidiaritätsprinzips – Ratifizierung der Beitrittsverträge mit Österreich, Finnland, Norwegen und Schweden
12	27.–28. Februar 1995 in Paris	<ul style="list-style-type: none"> – Anwendung der Erklärung des EU-Vertrags über die Rolle der nationalen Parlamente in der EU – Aktuelle Arbeiten der EU – Der Kampf gegen den Betrug in der Gemeinschaft – Die Rolle der nationalen Parlamente in der EU
13	7.–8. November 1995 in Madrid	<ul style="list-style-type: none"> – Die Rolle der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments in der EU – Demokratie, Effizienz und Transparenz
14	24.–25. Juni 1996 in Rom	<ul style="list-style-type: none"> – Die Beziehungen der nationalen Parlamente zu den Institutionen der EU – Die Konferenz von Barcelona über die euro-mediterrane Partnerschaft und ihre Handlungsinstrumente (MEDA)
15	16. Oktober 1996 in Dublin	<ul style="list-style-type: none"> – Die Beziehungen zwischen der EU und den nationalen Parlamenten bezüglich der Schaffung von Arbeitsplätzen – Internationale Kriminalität – Drogen – EUROPOL und die Rolle der nationalen Parlamente – Empfehlungen zur Durchsetzung der Erklärung Nr. 13 EU-Vertrag
16	9.–10. Juni 1997 in Den Haag	<ul style="list-style-type: none"> – Transparenz und die Rolle der nationalen Parlamente in der EU – Die Wirtschafts- und Währungsunion
17	13.–14. November 1997 in Luxemburg	<ul style="list-style-type: none"> – Agenda 2000 – Der Beschäftigungsgipfel – Ratifizierung des Vertrages von Amsterdam – Diskussion einer COSAC-Internetseite – Transparenz

Lfd. Nr.	Datum und Ort der Konferenzen	Themen der Konferenzen
18	18.–19. Mai 1998 in London	<ul style="list-style-type: none"> – Wirtschafts- und Währungsunion – Parlamentarische Untersuchung zur 3. Säule der EU – Erweiterung der EU – Vorschlag einer Neufassung der Geschäftsordnung der COSAC – Repräsentation der COSAC nach außen
19	23.–24. November 1998 in Wien	<ul style="list-style-type: none"> – Erweiterung der EU – Beschäftigung – Der Vertrag von Amsterdam/Stand der Ratifizierung in den einzelnen Mitgliedsländern – Institutionenreform und zukünftige Arbeitsweise der COSAC – Institutionenreform unter besonderer Berücksichtigung von Transparenz und Bürgernähe – Die zukünftige Arbeitsweise der COSAC im Lichte des Amsterdamer Vertrages
20	30. Mai – 1. Juni 1999 in Berlin	<ul style="list-style-type: none"> – Institutionelle Reformen im Anschluss an den Amsterdamer Vertrag – Beziehungen zwischen der EU und Dritten – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – Handelsbeziehungen der EU zu den USA, Lateinamerika und den ASEAN-Staaten – Revision der Geschäftsordnung der COSAC/Einsetzung einer Arbeitsgruppe „Internetbegleitung der COSAC“ – Verabschiedung eines Aufrufs zur fünften Direktwahl des Europäischen Parlaments – Bericht über die Arbeit der deutschen Ratspräsidentschaft, den Stand der Agenda 2000 und des Erweiterungsprozesses
21	11.–12. Oktober 1999 in Helsinki	<ul style="list-style-type: none"> – Hauptziele der finnischen Ratspräsidentschaft – Prioritäten der EU im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, einschließlich der Vorbereitung der EU-Menschenrechtscharta – Vorbereitung des außerordentlichen Treffens des Europäischen Rates in Tampere – Erweiterung der EU – Beziehungen zwischen der EU und Russland – Reform der Geschäftsordnung der COSAC
22	30. Mai – 1. Juni 2000 in Lissabon	<ul style="list-style-type: none"> – Hauptziele der portugiesischen Ratspräsidentschaft – Die Ausweitung der qualifizierten Mehrheitswahl – EU-Grundrechtscharta – Beziehungen zwischen den Mitgliedern des Europäischen Parlaments und den Mitgliedern der nationalen Parlamente

Lfd. Nr.	Datum und Ort der Konferenzen	Themen der Konferenzen
23	16.–17. Oktober 2000 in Versailles	<ul style="list-style-type: none"> – Schwerpunkte der französischen Ratspräsidentschaft – Implementierung des Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Erweiterung der EU – Überarbeitung von Beitragsentwürfen
24	20.–22. Mai 2001 in Stockholm	<ul style="list-style-type: none"> – Schwerpunkte der schwedischen Ratspräsidentschaft – EU-Erweiterung – Rolle der nationalen Parlamente – Umweltthemen
25	4.–5. Oktober 2001 in Brüssel	<ul style="list-style-type: none"> – Die belgische Ratspräsidentschaft und die Debatte über die Zukunft der EU – Beschäftigung, das europäische Sozialmodell und die Verhandlungen im Rahmen der WTO – Nahrungsmittelsicherheit und nachhaltige Entwicklung – Gemeinsame Asyl- und Einwanderungspolitik
26	12.–14. Mai 2002 in Madrid	<ul style="list-style-type: none"> – Außenbeziehungen und Erweiterung der EU – Rolle der nationalen Parlamente in der europäischen Konstruktion – Der Kampf gegen Terrorismus in der EU – Ein wohlhabendes, dynamisches Europa im Dienste seiner Bürger
27	16.–18. Oktober 2002 in Kopenhagen	<ul style="list-style-type: none"> – Rolle der nationalen Parlamente und die Reform von COSAC – Der Europakonvent – Stand der Arbeit – EU-Ratspräsidentschaft und die EU-Erweiterung
28	27. Januar 2003 in Brüssel ¹	<ul style="list-style-type: none"> – Reform der COSAC – Verabschiedung der überarbeiteten Geschäftsordnung
29	4.–6. Mai 2003 in Athen	<ul style="list-style-type: none"> – Reform der COSAC – Verabschiedung eines neuen Stimmmechanismus – Einrichtung eines COSAC Sekretariats – Institutionelle Fragen des Konvents über einen Vertrag über eine Verfassung für Europa
30	6.–7. Oktober 2003 in Rom	<ul style="list-style-type: none"> – Beratung über den Europäischen Konvent und den Vertrag über eine Verfassung für Europa – Rolle der nationalen Parlamente zur Unterstützung des Frühwarnmechanismus für Subsidiaritätskontrolle – Einrichtung eines COSAC Sekretariats in Brüssel (ab Januar 2004)

¹ Sondersitzung der COSAC außerhalb des halbjährlichen Turnus mit den jeweiligen Terminen im Mai/Juni und Oktober/November.

Lfd. Nr.	Datum und Ort der Konferenzen	Themen der Konferenzen
31	19.–20. Mai 2004 in Dublin	<ul style="list-style-type: none"> – Austausch von bewährten Praktiken (best practices) bei der europapolitischen Kontrolle durch die nationalen Parlamente – Rolle der nationalen Parlamente in der EU – Frühwarnmechanismus und Implementierung der Subsidiaritätsprüfung
32	22.–23. November 2004 in Den Haag	<ul style="list-style-type: none"> – Vertrag über eine Verfassung für Europa und Frühwarnmechanismus für Subsidiaritätsprüfung – Gemeinsamer Subsidiaritätsausschuss beider Kammern des niederländischen Parlaments – Verabschiedung eines Pilotprojekts zur Subsidiaritätsprüfung – Sprachenregime der COSAC
33	17.–18. Mai 2005 in Luxemburg	<ul style="list-style-type: none"> – Bericht der nationalen Parlamente zum Pilotprojekt Subsidiaritätsprüfung – Umgang der EU-Kommission mit dem Subsidiaritätsprinzip – Verabschiedung eines zweiten Pilotprojekts zur Subsidiaritätsprüfung
34	9.–11. Oktober 2005 in London	<ul style="list-style-type: none"> – Möglichkeiten der Überwachung des Arbeitsprogrammes der EU-Kommission – Geschäftsordnung COSAC – Überwachung der GASP durch nationale Parlamente – Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprüfungen durch nationale Parlamente
35	22.–23. Mai 2006 in Wien	<ul style="list-style-type: none"> – Rolle der nationalen Parlamente im existierenden aquis communautaire – Zukunft des Verfassungsvertrages – Europäische Nachbarschaftspolitik und Westbalkan
36	20.–21. November 2006 in Helsinki	<ul style="list-style-type: none"> – Finnische EU-Ratspräsidentschaft – Initiative der EU-Kommission zur Weiterleitung von Gesetzgebungsvorschlägen der EU-Kommission und Arbeitsdokumenten an nationale Parlamente – Haager Programm – Nördliche Dimension der EU
37	14.–15. Mai 2007 in Berlin	<ul style="list-style-type: none"> – Vertrag über eine Verfassung für Europa – Zukünftige Rolle der nationalen Parlamente innerhalb der EU – Arbeitsprogramm der EU-Kommission 2007 – Weiterleitung von Gesetzgebungsvorschlägen der EU-Kommission und Arbeitsdokumenten an nationale Parlamente – Subsidiaritätsprüfung – COSAC Sekretariat (Einrichtung & Finanzierung)

Lfd. Nr.	Datum und Ort der Konferenzen	Themen der Konferenzen
38	15.–16. Oktober 2007 in Lissabon	<ul style="list-style-type: none"> – EU-Reformvertrag – Portugiesische EU-Ratspräsidentschaft – Mittelmeerpolitik der EU – Parlamentarische Überwachung der Lissabonstrategie – Parlamentarische Überwachung der von der EU finanzierten Programme und Mittelverwendung
39	7.–8. Mai 2008 in Brdo pri Kranju	<ul style="list-style-type: none"> – Slowenische EU-Ratspräsidentschaft – Rolle nationaler Parlamente beim Ratifikationsprozess des Vertrags von Lissabon – Der Vertrag von Lissabon: Implementierung und Konsequenzen für nationale Parlamente – Lissabonstrategie – Erweiterung des Schengenraumes – Nationale Parlamente und der Erweiterungsprozess
40	2.–4. November 2008 in Paris	<ul style="list-style-type: none"> – Französische EU-Ratspräsidentschaft – Wirtschafts- und Finanzkrise – Energiesicherheit – Europa der Bürger – Europäische Union als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Subsidiaritätsprinzip und Subsidiaritätsprüfung
41	11.–12. Mai 2009 in Prag	<ul style="list-style-type: none"> – Tschechische EU-Ratspräsidentschaft – Arbeitsprogramm der EU-Kommission 2009 – Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten in der Welt – Parlamentarische Kontrolle von Europol – Evaluierung von Eurojust – Östliche Partnerschaft
42	5.–6. Oktober 2009 in Stockholm	<ul style="list-style-type: none"> – Stockholmer Programm – Klimaschutz – Wirtschafts- und Finanzkrise – Irisches Referendum zum Vertrag von Lissabon
43	31. Mai – 1. Juni 2010 in Madrid	<ul style="list-style-type: none"> – Zukunft der COSAC Konferenz nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon – Politische Prioritäten der neuen EU-Kommission – Die Rolle der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon

□ Angaben für den Zeitraum bis 1990 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 24.11.